

Nachlassende Disziplin

Handelskammer untersucht Staatshaushalt

Die mehrjährige Haushaltsplanung und der Etatentwurf für 2016 sind auf Treibsand gebaut, meint die Handelskammer zur Finanzplanung des Staats. Die Berufskammer befürchtet: Das Budget beruht auf optimistischen Prognosen dieses Frühjahrs, seitdem scheint die konjunkturelle Entwicklung aber weniger günstig. Sollte die Regierung die Zügel zu sehr lockern, riskiere das Ziel von konsolidierten Staatsfinanzen verfehlt zu werden. Und schlimmer noch: Sollte wiederum eine Krise über Luxemburg ziehen, wäre das Land unzureichend dagegen gewappnet.

„Anders als im Jahr 2008 verfügen wir nicht mehr über ausreichende Reserven. Geldpolitische Maßnahmen auf EU-Ebene sind in weiten Teilen ausgeschöpft. Die Staatsschuld ist ihrerseits um einiges höher“, skizziert Generaldirektor Carlo Thelen. In einer Krisensituation hätte Luxemburg nicht viel Handlungsspielraum. So ruft die Handelskammer dazu auf, besonders vorsichtig mit den Staatsfinanzen umzugehen.

Am Beispiel des Zukunftspakets bedauert die Berufskammer, dass einst angekündigte Sparziele dahinschwanden. Sprach die Regierung beim Amtsantritt von Bemühungen von 1,5 Milliarden Euro, um die Staatsfinanzen zu begradigen, so seien jetzt 842 Millionen Euro bis zum Ende der Legislaturperiode vorgesehen. Fraglich sei demnach, ob eine stabile Finanzlage und das sozio-ökonomische Modell des Landes mittelfristig gewährleistet werden könnten.

Weiter bedauert die Handelskammer, dass bedeutende Reformpläne nicht chiffriert sind. Die Auswirkungen der Steuerreform, des neuen Elternurlaubs, regelmäßiger Anpassungen beim Kindergeld sowie Änderungen in der Pflegeversicherung seien in den Haushalts-

plänen nicht inbegriffen. Sie hätten aber gewichtige Folgen für die Staatseinnahmen und Ausgaben.

Um Luxemburg besser abzusichern, wirbt die Handelskammer für ein zusätzliches Finanzpolster. Verbesserungen für den Zentralstaat und die Sozialversicherung bringt sie mit einem strukturellen Saldo von 1,5 Prozent des BIP (statt der vorgesehenen 0,5 Prozent) in Verbindung. Hierfür müsse der Staat auf weitere 600 Millionen Euro bis 2019 zurückgreifen können, rechnen die Arbeitgebervertreter vor.

Konkret schlägt die Handelskammer vor, die Grundsteuer anzuheben, die Mamerent abzuschaffen, die Jahresendzulagen bei den Renten zu streichen und Rentenanpassungen zu halbieren. Weiter bevorzugt sie, die Transfers für die Gemeinden herabzusetzen und die Neueinstellungen beim Staat zu begrenzen. Die Maßnahmen würden 150 Millionen Euro Mehreinnahmen sichern und für 450 Millionen Euro weniger Ausgaben sorgen. „Nachhaltige Staatsfinanzen müssen schon heute angegangen werden“, so das Fazit der Berufskammer.

Auch Staatsrat mahnt zur Vorsicht

In seinem Gutachten zur mehrjährigen Haushaltsplanung weist auch der Staatsrat auf Risiken für die Staatsfinanzen hin, sollte die Konjunktur weniger günstig ausfallen. Die Hohe Körperschaft rät der Regierung, „eine vorsichtige budgetäre Politik walten zu lassen, damit sich die Finanzlage im Zentralstaat erholt und der Kurs bei der Staatsschuld korrigiert werden kann“. Im Etatentwurf 2016 unterstreicht der Staatsrat die ehrgeizige Vorgehensweise der Regierung. Allerdings müssten die Bemühungen für eine „effizientere Haushaltsführung“ fortgesetzt werden. Auf die kopernikanische Revolution wird weiterhin gewartet. (BB)